



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
- L 212 -

Kiel, 18. August 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1144
(0431) 5300 1148
Fax (0431) 5300 4 1180
Umweltausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

31. Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses

*am Mittwoch, dem 17. August 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Ausschuss nahm folgende Berichte der Landesregierung entgegen, an die sich jeweils eine Diskussion anschloss:

- **Auswirkungen des Botulismus auf die schleswig-holsteinischen Rinderbestände,**
- **mögliche Gefährdungen für die Bevölkerung in den angrenzenden Kreisen Herzogtum Lauenburg und Lübeck durch mögliche radioaktive Belastungen der Deponie in Ihlenberg bei Schönberg,**
- **Sachstand und Perspektiven - Ausbildung Werker/Workerinnen und Gärtner/Gärtnerinnen im Gartenbau,**
- **Stand der Kontrollen, Untersuchungsergebnisse und Konsequenzen im Zusammenhang mit dem EHEC-Erreger; wirtschaftliche Lage in den schleswig-holsteinischen Betrieben und mögliche finanzielle Hilfen,**
- **Auswirkungen und Gefahrenpotenzial - unter anderem für die Fischerei - der durch Greenpeace in die Nordsee vor Sylt versenkten Felsbrocken.**

Er empfahl dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes**, [Drucksache 17/1489](#), unverändert anzunehmen.

Den Antrag der Fraktion des SSW betreffend **Kostendeckende Gebühren zur Lebensmittelüberwachung einführen**, [Drucksache 17/684](#), stellte der Ausschuss zurück. Die Sprecher der Fraktionen wurden beauftragt, den Versuch zu unternehmen, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

Bezüglich dem Antrag **Sicherheit von Kinderspielzeugen weiter verbessern**, Antrag der Fraktion von CDU und FDP, [Drucksache 17/1083](#) Buchst. b und c, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1201](#) Buchst. d, und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Kinder vor Gebrauch durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen**, [Drucksache 17/1138](#) Buchst. b bis g, entschloss sich der Ausschuss mit gleichem Stimmverhältnis dem Votum des beteiligten Sozialausschusses an.

Er empfahl dem federführenden Wirtschaftsausschuss folgende Beschlüsse:

- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW empfahl er, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, **Stromnetze für erneuerbare Energien zügig ausbauen**, [Drucksache 17/1563](#), abzulehnen.
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW empfahl er, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Stromnetze für erneuerbare Energien zügig ausbauen**, [Drucksache 17/1459](#), abzulehnen.
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl er, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, **Netzausbau konsequent voranbringen**, [Drucksache 17/1558](#) mit der Maßgabe anzunehmen, dass Nummer 6 gestrichen wird.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktionen von SPD und SSW, **Ausbau der Stromnetze beschleunigen**, [Drucksache 17/1482](#) (neu) empfahl er mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Dem Landtag empfahl der Ausschuss sodann mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, den Antrag der Fraktion von CDU und FDP, **Kormoran-Bestandsmanagement auf wissenschaftlicher Grundlage**, [Drucksache 17/1455](#), in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Er bat die Landesregierung, ihm den Bericht über **geplante oder aktuell genehmigte Hähnchenmastställe** schriftlich zu erstatten.

Den Bericht der Landesregierung über die **Fortentwicklung des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum (ZPLR)**, [Drucksache 17/1268](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Die Fraktionen von CDU und FDP zogen den Antrag **Lastenausgleich bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung - nicht zulasten der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/891](#), zurück. Damit ist auch der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/943](#), erledigt.

Außerdem beschäftigte sich der Ausschuss in einem nicht öffentlichen Teil seiner Sitzung mit fünf **Petitionen**.

Er kam ferner überein, eine Anhörung zum Thema **Umsetzung des Walschutzes** durchzuführen.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Petra Tschanter